

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. B. Dabbe,
Invalidentenamt. Berlin: Bernh. Kohn, Mar. Geymann,
Eberhard & Thiesens, Greifswald G. Jüdel, Halle a. S.
Jul. Barch & Co., Hamburg Joh. Neubauer, A. Steiner,
William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

E. L. Berlin, 18. Februar.

Deutscher Reichstag.

43. Plenar-Sitzung vom 18. Februar,
1 Uhr.

Präsident v. Bülow erinnert daran, daß
der Abg. v. Benda heute seinen 80. Geburts-
tag in voller Pracht feiere. Er glaube des Ein-
verständnisses des Hauses sicher zu sein, wenn
er Herrn von Benda namens des Hauses Glück-
wünsche ausgesprochen habe. (Zustimmungsrufe.)
Das ganz schwach beleuchtete Haus fährt fort
in der Beratung der Anträge Auer sowie
Ander betr. das Vereins- und Versammlungs-
recht.

Abg. Rickert (fr. B.): Das Schicksal
dieser Anträge scheint leider schon festzustehen,
nachdem namentlich der Abg. Bachem sich gegen
dieselben erklärt und lediglich eine Resolution
vorgelegt hat. Trotzdem möchte ich noch einen
Versuch machen, Sie zur Annahme des Vereins-
entwurfs zu bestimmen. Es ist unsere
Pflicht, endlich auf diesem Gebiete einen Schritt
vorwärts zu thun, nachdem die Regierung bis-
her alle Resolutionen unbeachtet gelassen hat.
Ich möchte Sie daher bitten, beide Anträge an
eine Kommission zu verweisen. Schon 1878 hat
Herr von Bennigsen einen ähnlichen Antrag ge-
stellt. Durch die bestehende Rechtslosigkeit auf
diesem Gebiete schädigen Sie nur die öffentliche
Moral. Und zumal mit den Mitteln, wie sie
auf vereinsrechtlichem Gebiete allein gegen die
Sozialdemokratie angewendet werden, schädigen
Sie nur das öffentliche Rechtsbewußtsein. Die
Arbeit in der Kommission würde auch sicherlich
weniger vergeblich sein, keine ausrichtlose. Nach
einer Bemerkung zu Herrn Bachem. Derselbe
meinte, den ruhigen Württemberg könne man
ein solches Vereinsrecht wohl geben. In welches
Recht stellt Herr Bachem da uns Norddeutsche,
und auch seine eigenen Abteilungen. Und sehen
wir uns doch einmal das „ruhige Land“ Würt-
temberg an. Dort hat man das freieste Vereinsrecht
und die wenigsten Sozialdemokraten! Wie anders
Sachsen und Hamburg! Das schärfste Ver-
einsrecht und die meisten Sozialdemokraten!
Ich möchte doch die Herren am Bundesrathe-
liche auffordern, daraus die Schlussfolgerung zu
ziehen! Herr Schall will den Frauen keine
Rechte auf diesem Gebiete gönnen; er hat uns
sogar ein Bibelwort des Apostels Paulus vor-
gelegt. Ja, Apostel Paulus sagt auch:
Heirathen ist gut, nicht heirathen ist besser.
(Heiterkeit.) Lassen Sie doch Ihre Vernunft
auf Apokalyptische in heutiger moderner Zeit!
Der Bewegung in der Frauenwelt werden Sie
damit doch keinen Damm setzen. Sie werden
die Frauen nicht ewig beherrschen können wie
Schüler und Lehrende. Ist es denn auch ein-
gar so ungerechtes Verlangen, daß die Frauen
dieselben Rechte, die sie in Württemberg, Baden,
Oldenburg bereits haben, in ganz Deutschland
haben sollen? Hat man denn in Baden,
Württemberg, Oldenburg etwa schlechte Er-
fahrungen damit gemacht? Aber weiter: Gibt
es denn nach der neueren Rechtsprechung über-
haupt noch eine Grenze zwischen politischen und
sonstigen öffentlichen z. B. wirtschaftlichen
Angelegenheiten? Nach einem Urtheil des
Kammergerichtes fällt unter den Begriff politisch
Alles, was unter den Begriff der Staats-
wirtschaft fällt oder fallen kann. Wir sind
daher auf diesem Gebiete jetzt völlig rechtlos.
Jede wirtschaftliche, jede sozialpolitische Frage
gibt als politisch. Mit wirtschaftlichen Fragen
zur Verbesserung ihrer Lage können sich daher
Frauen gar nicht mehr befassen. In Münster hat
man einen Arbeiterverein, einen Volksbildungsverein
politischer Arbeiter zu einem politischen Gesell-
schaft. In Hannover ferner eine philosophische
Gesellschaft, noch dazu im Gegensatz zu der Auf-
fassung des Oberpräsidenten von Bennigsen!
Den Verfassungen des Bundes der Land-
wirthe gegenüber haben dagegen die Gesetze zu
gelten aufgehört. Freilich, die besten Agitatoren
des Bundes der Landwirthe sind Herren, welche
die Gesetze zu handhaben haben. Das ist es
eben, die Herren wollen im Besitze der Macht
bleiben. (Lachen rechts.) Ihr Vorschlag beweist
nur Verlegenheit. Wir wollen ja nur, daß die
Gesetze gleichmäßig gehandhabt werden gegen
alle Parteien. Ich bitte Sie also, meine
Herren, sehen Sie sich die Sache in der Kom-
mission näher an und zwar, wie ich gleich be-
merken möchte, auf Grundlage des württem-
bergischen Gesetzes! Der Sozialdemokratie haben
Sie durch Ihren Widerstand dagegen ja doch
nichts, denn für die ist der beste Agitationsplatz
ja doch die Werkstatt, die Fabrik. Freie Dis-
kussion ist der beste Schutz für unsere Gesell-
schaftsordnung. Eine vollständige Politik ist
das einzige, was uns helfen kann, und auf
diesem Wege liegen diese Anträge.

Abg. v. Dziembowski-Pomian
(Pole) tritt für kommissarische Beratung ein.
Alle langweiligen Reden können und
dürften uns nicht abhalten, wenigstens nach
einem Minimum des allen Bürgern im Reiche
zu gewährenden Vereinsrechts zu suchen. Die
bestehende Rechtslosigkeit auf diesem Gebiete
ist von Rickert völlig treffend geschildert. Redner
beruft sich hierbei namentlich auf Vorgänge in
seiner Provinz.

Abg. J. Kraut (Niederrhein) spricht sich
namentlich seiner Partei abweisend zu beiden vor-
liegenden Anträgen aus. Seine Partei habe
unter allen bestehenden Vereinsrechten ihre
Wohlfahrt geholt, während die Freikämmerer nur
deshalb mit den bestehenden Vereinsrechten so
unzufrieden seien, weil sie ihre Wähler in so
großer Zahl einschließt hätten.

Minister v. D. Red.: Der Deutsche ist ein
so gefälliges Wesen, daß er das Vereins- und
Versammlungsrecht nicht nur für ein Hauptrecht hält,
sondern wohl gar für ein Hauptrecht hält.
Diese potenzierte Sucht, sich zu vereinen, bringt
manche Unzulänglichkeiten mit sich. Ich hätte es
in der heutigen Zeit, die schon so viel Zerstörung
birgt, für richtiger gehalten, solche Anträge nicht
ohne Noth zu stellen. Auf Grund dieser Anträge
kann auch wohl ein Gesetz nicht zu Stande
kommen. Man hat es so dargestellt, als ob das
Vereinsrecht willkürlich, tendenziös gehandhabt
würde. (Auf links: das ist doch natürlich.) Dem
muß ich laut, vernünftig widersprechen.
Verträge kommen ja vor, aber nur ganz verein-
zelt. Von tendenziöser Handhabung zu sprechen
ist daher unbillig, ungerecht und unklar. Auch
die preussische Regierung wird das Gesetz nach
wie vor gerecht, aber auch fest handhaben. Ich
will hier nur auf 2 von den hier angeführten
Fällen eingehen. Der erste ist die Schlichtung der
sozialdemokratischen Vereinigungen. Diese Sache
schwebt noch, daher bemerke ich nur: man argu-
mentirt einmal, die Sache ist uns unbekannt,
deshalb müssen wir das Gesetz ändern. Die an-
dere Argumentation ist die: es wird nur gegen
diese eine Partei vorgegangen, deshalb ist das
Vorgehen willkürlich. Ich kann vor dieser Auf-
fassung nur warnen. Es handelt sich hier durch-
aus um zweierlei. Die anderen Parteiverbände
haben uns keine thatsächliche Veranlassung
zum Einschreiten gegeben. Im Uebrigen werden
ja die Gerichte sprechen. Der zweite Punkt, auf
den ich hinweise, betrifft Herrn Rickert, der sagte:
in Pommern hätten die Gesetze gegenüber dem
Bunde der Landwirthe aufgehört. Es mag ja
einmal ein Verstoß vorgekommen sein, aber wie
kann da Herr Rickert so verallgemeinernd behaup-
ten: die Gesetze hätten dort aufgehört! Davon
ist keine Rede! (Beifall rechts.)

Abg. Grillenberger (Sod.): Die
Herren Stumm und Marquardsen haben sich
meinem Kollegen Auer gegenüber des Fürsten
Bismarck angenommen. Und Herr von Marquar-
dsen meinte: wir sollten doch wenigstens mit chri-
stlichen Waffen kämpfen. Nun, Kollege Auer mag
ja wenig höflich gesprochen haben, aber auf-
richtig, ehrlich gemeint war das, was er sagte,
ganz gewiß. Redner erklärt sich dann mit kom-
missarischer Beratung der beiden Anträge ein-
verstanden, wenn er auch wisse, was die Glode
geschlagen habe. Immerhin würden die akade-
mischen Erörterungen in der Kommission, die sehr
gut neben den Beratungen des bürgerlichen Ge-
setzgebendes einherlaufen könnten, nicht fruchtlos
sein. Der Herr Minister von der Rede wies auf
das Uebermaß von Vereinsbestrebungen in
Deutschland hin. Darin mag er Recht haben.
Aber wie kann er sagen, daß die beherrschende
Handhabung des Vereinsgesetzes keine tendenziöse,
die Verträge selten seien, und daß wir die An-
träge „ohne Noth“ einbringen. Er kennt wohl
nicht die Fülle von Beschwerden, die Jahr aus
Jahr ein hier erhoben werden, und er weiß
wohl nicht, wie einem Staatsbürger zu Muth
ist, dem sein Vereins- und Versammlungsrecht
zu genommen wird. Es ist ein wahrer
Nothstand, der in dieser Beziehung besteht. Der
Minister meinte ferner bezüglich der Auflösung
unserer Parteiorganisation, sie sei uns un bequem!
Nun, ich glaube, diese Unterlassenschaft von
Kaiser's wird dem Herrn Minister un bequem
werden, als uns und ihm lieb ist. Endlich be-
steht der Minister die ungeliebte Handhabung
des Vereinsgesetzes, und er wies da auch die
Bemerkungen Rickerts über den Bund der Land-
wirthe zurück. Nun, selbst Herr v. Marquardsen
hat es zugegeben, daß mehr gleiches
Recht für Alle sein müsse. Und was
den Bund der Landwirthe anlangt, so zeigen
dessen Statuten (welche Redner vorliest), daß
zwischen seiner Organisation und der unserer
von einem Unterschied höchstens zu unseren
Gunsten die Rede sein kann. In offiziellen
Anstellungen des Bundes wird ja auch mit
Stolz auf die Erfolge hingewiesen, welche der
Bund bei den Wahlen mit dieser Organisation,
diesem Zusammenhange seiner Untervereine er-

zielt habe. Ich hoffe, der Minister wird nun
heute noch Anweisung geben, daß der Bund auf-
gelöst wird. (Heiterkeit.) Redner legt dann
noch dar, es sei Zeit, diese Materie endlich
definitiv zu regeln.

Abg. v. Marquardsen (nat.): Beginn
ebenfalls, wenn die Sozialdemokraten Bismarck
bekämpfen, sollten sie das wenigstens mit chri-
stlichen Waffen thun. (Große Ironie links.)
Zur Sache meine ich, daß ein Vereinsrecht
wünschenswerth sei, aber im gegenwärtigen
Zustand ausgeschlossen, zumal in beiden vorliegenden
Anträgen von Bestimmungen gegen den Miß-
brauch des Vereinsrechts keine Rede sei. Gleiches
Recht für Alle würde freilich auch er, die
Beschränkungen also, die einer Partei, wegen
Mißbrauchsgefahr, auferlegt würden, müßten sich
auch die anderen Parteien gefallen lassen.
Redner schließt sich der Resolution Bachem an,
auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Arbeiten
an bürgerlichen Gesetzbüchern; erst solle man in
diesem die verfassungsrechtliche Seite des Vereins-
wesens regeln und sich die öffentlich-rechtliche
vorbehalten.

Abg. v. Dziembowski-Pomian
(Pole) tritt für kommissarische Beratung ein.
Alle langweiligen Reden können und
dürften uns nicht abhalten, wenigstens nach
einem Minimum des allen Bürgern im Reiche
zu gewährenden Vereinsrechts zu suchen. Die
bestehende Rechtslosigkeit auf diesem Gebiete
ist von Rickert völlig treffend geschildert. Redner
beruft sich hierbei namentlich auf Vorgänge in
seiner Provinz.

Abg. J. Kraut (Niederrhein) spricht sich
namentlich seiner Partei abweisend zu beiden vor-
liegenden Anträgen aus. Seine Partei habe
unter allen bestehenden Vereinsrechten ihre
Wohlfahrt geholt, während die Freikämmerer nur
deshalb mit den bestehenden Vereinsrechten so
unzufrieden seien, weil sie ihre Wähler in so
großer Zahl einschließt hätten.

Minister v. D. Red.: Der Deutsche ist ein
so gefälliges Wesen, daß er das Vereins- und
Versammlungsrecht nicht nur für ein Hauptrecht hält,
sondern wohl gar für ein Hauptrecht hält.
Diese potenzierte Sucht, sich zu vereinen, bringt
manche Unzulänglichkeiten mit sich. Ich hätte es
in der heutigen Zeit, die schon so viel Zerstörung
birgt, für richtiger gehalten, solche Anträge nicht
ohne Noth zu stellen. Auf Grund dieser Anträge
kann auch wohl ein Gesetz nicht zu Stande
kommen. Man hat es so dargestellt, als ob das
Vereinsrecht willkürlich, tendenziös gehandhabt
würde. (Auf links: das ist doch natürlich.) Dem
muß ich laut, vernünftig widersprechen.
Verträge kommen ja vor, aber nur ganz verein-
zelt. Von tendenziöser Handhabung zu sprechen
ist daher unbillig, ungerecht und unklar. Auch
die preussische Regierung wird das Gesetz nach
wie vor gerecht, aber auch fest handhaben. Ich
will hier nur auf 2 von den hier angeführten
Fällen eingehen. Der erste ist die Schlichtung der
sozialdemokratischen Vereinigungen. Diese Sache
schwebt noch, daher bemerke ich nur: man argu-
mentirt einmal, die Sache ist uns unbekannt,
deshalb müssen wir das Gesetz ändern. Die an-
dere Argumentation ist die: es wird nur gegen
diese eine Partei vorgegangen, deshalb ist das
Vorgehen willkürlich. Ich kann vor dieser Auf-
fassung nur warnen. Es handelt sich hier durch-
aus um zweierlei. Die anderen Parteiverbände
haben uns keine thatsächliche Veranlassung
zum Einschreiten gegeben. Im Uebrigen werden
ja die Gerichte sprechen. Der zweite Punkt, auf
den ich hinweise, betrifft Herrn Rickert, der sagte:
in Pommern hätten die Gesetze gegenüber dem
Bunde der Landwirthe aufgehört. Es mag ja
einmal ein Verstoß vorgekommen sein, aber wie
kann da Herr Rickert so verallgemeinernd behaup-
ten: die Gesetze hätten dort aufgehört! Davon
ist keine Rede! (Beifall rechts.)

Abg. Grillenberger (Sod.): Die
Herren Stumm und Marquardsen haben sich
meinem Kollegen Auer gegenüber des Fürsten
Bismarck angenommen. Und Herr von Marquar-
dsen meinte: wir sollten doch wenigstens mit chri-
stlichen Waffen kämpfen. Nun, Kollege Auer mag
ja wenig höflich gesprochen haben, aber auf-
richtig, ehrlich gemeint war das, was er sagte,
ganz gewiß. Redner erklärt sich dann mit kom-
missarischer Beratung der beiden Anträge ein-
verstanden, wenn er auch wisse, was die Glode
geschlagen habe. Immerhin würden die akade-
mischen Erörterungen in der Kommission, die sehr
gut neben den Beratungen des bürgerlichen Ge-
setzgebendes einherlaufen könnten, nicht fruchtlos
sein. Der Herr Minister von der Rede wies auf
das Uebermaß von Vereinsbestrebungen in
Deutschland hin. Darin mag er Recht haben.
Aber wie kann er sagen, daß die beherrschende
Handhabung des Vereinsgesetzes keine tendenziöse,
die Verträge selten seien, und daß wir die An-
träge „ohne Noth“ einbringen. Er kennt wohl
nicht die Fülle von Beschwerden, die Jahr aus
Jahr ein hier erhoben werden, und er weiß
wohl nicht, wie einem Staatsbürger zu Muth
ist, dem sein Vereins- und Versammlungsrecht
zu genommen wird. Es ist ein wahrer
Nothstand, der in dieser Beziehung besteht. Der
Minister meinte ferner bezüglich der Auflösung
unserer Parteiorganisation, sie sei uns un bequem!
Nun, ich glaube, diese Unterlassenschaft von
Kaiser's wird dem Herrn Minister un bequem
werden, als uns und ihm lieb ist. Endlich be-
steht der Minister die ungeliebte Handhabung
des Vereinsgesetzes, und er wies da auch die
Bemerkungen Rickerts über den Bund der Land-
wirthe zurück. Nun, selbst Herr v. Marquardsen
hat es zugegeben, daß mehr gleiches
Recht für Alle sein müsse. Und was
den Bund der Landwirthe anlangt, so zeigen
dessen Statuten (welche Redner vorliest), daß
zwischen seiner Organisation und der unserer
von einem Unterschied höchstens zu unseren
Gunsten die Rede sein kann. In offiziellen
Anstellungen des Bundes wird ja auch mit
Stolz auf die Erfolge hingewiesen, welche der
Bund bei den Wahlen mit dieser Organisation,
diesem Zusammenhange seiner Untervereine er-

zielt habe. Ich hoffe, der Minister wird nun
heute noch Anweisung geben, daß der Bund auf-
gelöst wird. (Heiterkeit.) Redner legt dann
noch dar, es sei Zeit, diese Materie endlich
definitiv zu regeln.

Abg. v. Marquardsen (fr. B.): Schon 1872
hat der Reichstag mit sehr großer Mehrheit den
Beschluss gefasst, den Art. 4 der Verfassung aus-
zuführen, der der Reichsgesetzgebung das Vereins-
recht unterstellt. Es ist nun doch wohl endlich
an der Zeit, diesen Beschluss zur Ausführung zu
bringen. Das geschieht am besten durch die An-
nahme eines Gesetzesentwurfs und nicht durch eine
Resolution, der gegenüber die Regierung sich doch
nur ablehnend verhalten würde. (Während
dieser Rede fiel der Abg. v. Dziembowski-Bomst
(Ap.) von seinem Platze zu Boden, blieb aber,
von herbeieilenden Abgeordneten aufgehoben,
unter denen Abg. Dr. Rängerhaus sich um den
ersteren bemühte, auf seinem Platze im Saale.)
Danach schließt die Debatte.

An persönlicher Bemerkung erklärt Abg.
Auer, daß er von der scharfen Verurtheilung,
die er in Bezug auf den Artikel der „Hamb.
Nachr.“ gebraucht, kein Wort zurücknehmen könne.
Abg. Hübner (konf.) erklärt, daß ihm
heute schon wieder das Wort abgeschnitten sei,
wobey er verhandelt werde, seinen von den
Rednern der Rechten erheblich abweichenden
Standpunkt darzulegen.

Das Schlusswort nimmt für den Antrag
Auer der Abg. Dr. Lüttgenau, für den
Antrag Ander der Abg. Mundel. Letzterer
weist auf die Gefährlichkeit des preussischen Ver-
einsrechts hin, die vielleicht noch einmal dem
Senatskonvent und den Fraktionen gefährlich
werden kann.

Die Anträge gehen an eine besondere
21er-Kommission.
Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung
des Militär-Gesetz.

Schluss 5 1/2 Uhr.

Deutschland.

E. Berlin, 18. Februar. Die Budgetkom-
mission des Reichstages berath heute den
Stolonialetat und zwar zunächst den Etat für
das ostafrikanische Schutzgebiet. Referent Prinz
Arenberg hebt das schlechte Verhältnis hervor,
welches dort zwischen Militär- und Zivilver-
waltung herrsche. In Kamerun sei es sogar zu
offenen Feindschaften zwischen Soldaten und Zivi-
lbeamten gekommen. Von der Miswirtschaft
werde nichts geändert. Eine Besserung könne
nur eintreten durch Veränderung der Schutz-
truppengesetze. Der Gouverneur müsse höchste
militärische und zivile Befugnisse sein. Die Soldaten
müßten nicht nur zu kriegerischen Aktionen, son-
dern auch zur Arbeit verwendet werden. Bis
zur dritten Lesung müsse ein bestimmter Plan
zur Besserung der Verhältnisse vorgelegt werden,
sonst könne man den Etat nicht bewilligen.
Direktor Kaiser erklärt, bei Einrichtung der
Organisation habe man sich in einer Zwangs-
lage befunden. Die Regierung sei zu einer
Veränderung der Verhältnisse bereit, wonach auch
der Oberbefehl über die Schutztruppe dem
Gouverneur übertragen würde, so daß das
Reichs-Ministerium aus der Organisation
aussteige. Die vom Prinzen Arenberg
entworfenen Grundsätze seien richtig. Ein
Organisationsplan würde bald vorgelegt werden.

Abg. v. Massow (konf.) erklärt sich mit Prinz
Arenberg einverstanden. Abg. Richter (fr. B.)
wünscht, daß auch das Schutztruppengesetz ge-
ändert werde. Direktor Kaiser giebt dann noch
einige Erklärungen zu den vorzunehmenden
Organisationen, womit sich Prinz Arenberg be-
friedigt erklärt. Abg. Dr. Hammer (nat.)
meint, daß sich eine Verabredung noch vor der
dritten Lesung erreichen lassen werde. Der
Referent Prinz Arenberg kommt dann noch auf
den Fall „Wehlauf“ zu sprechen und fragt, wes-
halb die Brutalität Wehlaus nicht nach dem
Strafgesetzbuch geahndet worden sei. Direktor
Kaiser erwidert, der § 343 des Strafgesetzbuchs
könne nicht Anwendung finden, wie die Staats-
anwaltschaft im Einverständnis mit dem Justiz-
minister entschieden habe. Die Prügelstrafe
könne man in Afrika nicht entbehren. Auf Vor-
schlag des Abg. Lieber (Ztr.) kommt dann die
Resolution einstimmig zur Annahme, daß wo-
möglich noch im Laufe der jetzigen Session eine
Gesetzesvorlage einzubringen sei, welche die straf-
rechtliche Verfolgung des Mißbrauchs der Amts-
gewalt außer Zweifel stellt. — Die Position
für den jetzigen Vertreter des Gouverneurs
ist als künftig wegfallen bezeichnet, da Dr.
Peters, weil für ihn zur Zeit keine Beschäftigung,
zur Disposition gestellt ist.

In einer sozialdemokratischen Versammlung
zu Nordfischbach gestern Abend Reichstags-
abgeordneter Lüttgenau über: die Frau und das
bürgerliche Gesetz. Als während der Dis-
kussion einer der Redner den Essener Meinel-
prophet erwähnte und die Frage aufwarf: „Wer
hat dort wohl Meineide geschworen?“, wurde die
Versammlung aufgelöst.

Die freireichlichen Konfessionsarbeiter rechnen
bestimmt auf eine 20-25prozentige Loh-
erhöhung. Bereits wird dafür agitiert, den
Generalfreist aufzuheben und in den partiellen
Streik einzutreten.

Die den agrarischen Interessen feindliche
Presse bekämpft die neue Zuckersteuervorlage mit
dem Hinweis auf das Braumweinsteuergesetz,
welches ja auch nicht zur Sicherung der Preise
beigetragen habe. Nur dem völlig Unkundigen
würde diese Behauptung glaubhaft erscheinen.
Das Jahr 1895 hat eine ausgezeichnete Kar-
toffelernte gebracht. Das neue Viehdarbstjahr 1895-96
eröffnete mit einem Bestande von etwa 34
Millionen Riter Spiritus; die ersten drei
Monate der laufenden Kampagne brachten eine
Produktion, welche die im gleichen Zeitraum
des Vorjahres um 15 Millionen Liter überstieg.
Trotzdem waren im ersten Quartal des Vie-
hdarbstjahres 1895-96 die Preise höher, wie in
dem gleichen Zeitraum des Jahres 1894-95,
und der Weltmarktpreis ist zur Zeit nur um
1 1/2 Mark gegenüber der Exportprämie von
6 Mark gesunken, während der Export selbst im
Jahre 1896: 16,8 Doppelzentner gegen 7,7
Doppelzentner im Jahre 1894 betragen hat.
Hierzu kommt, daß gegenwärtig auf die Spiritus-
produktion noch die den Melassebrennereien
im Anschluß an bestehende Verträge gewährten

Erleichterungen einwirken und daß die Be-
triebsabgabe naturgemäß erst mit dem Fortschritt
der Produktion im weiteren Verlauf der Kam-
pagne wirksam werden kann. Endlich darf man
nicht vergessen, daß die Exportprämie zum Theil
vor dem Erlaß des Gesetzes eskontirt ist.
Denn der Berliner Preis stand Ende 1894
und Anfang 1895 im Verhältnis zu Hamburg
höher wie jemals. Wäre die Melassebrennerei
nicht beschränkt und die Steigerung der Ausfuhr
durch Gewährung der Exportprämie nicht ermög-
licht, so würden wir jetzt wahrscheinlich einen
Spirituspreis in Berlin von 25 bis 26 Mark
haben. Auch alles in kann man sagen, daß sich
das neue Braumweinsteuergesetz vorzüglich be-
währt hat. Die weitere Geltung des Gesetzes
dürfte hierfür einen vollständigen Beweis liefern.
Allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber
ist einfach auf die Rolle des theilnahmlosen
Zusatzes zu beschränken, wäre die denkbar ein-
fache Regierungskunst. Dann könnte Jeder
„auf dem gespannten Seile tanzen“, wie Fürst
Bismarck betreffend die schwierige Aufgabe der
Regierung einst bezeichnet hat.

In den Reichstagsdebatten über die Ge-
werbesteuermodifikation sind gelegentlich der Ver-
sprechung der auf die Drogenhandlungen bezi-
glichen Bestimmungen seitens verschiedener Ab-
geordneter Anmerkungen gemacht worden, als ob
die Apotheker die Durchfuhr schließlich heraus-
wünschten. Dem gegenüber muß doch darauf
aufmerksam gemacht werden, daß die „Apotheker-
Zeitung“, das Organ des Deutschen Apotheker-
vereins, des Hiesigen betont hat, daß der
Apothekerstand in der Annahme dieser Vorschrift
weder einen Vortheil noch einen Nachtheil für
sich erblicken kann. — Jedoch wird von den
Apothekern und zwar mit Recht verlangt, daß
die Abgeordneten, welche zu dieser Frage sprechen,
sich nicht bloß, wie dies bisher meist der Fall
war, ihre Informationen von Drogisten und aus
Drogistenzeitungen sondern von beiden betheilig-
ten Seiten holen.

Dem Vernehmen nach dürfte in dem
demnächst an den Landtag gelangenden Geset-
zentwurf wegen Einführung des Systems der
Dienstaltersstufen für die richterlichen Beamten
auch die aus anderen Gründen der Lösung be-
dürftige Frage der Altersregulierung der Ober-
nahme der Gerichtssachen in den Richterstand
zum Ausdruck gebracht werden. Man wird in
der Annahme nicht fehlgehen, daß dabei die be-
währten Einrichtungen anderer Bundesstaaten
zum Anlaß dienen werden.

Aus London wird gemeldet: „Das
„Daily Chronicle“ schreibt: Wir erfahren, daß
man in Berliner Hofkreise großes Aergerniß
nimmt an anonymen beleidigenden Briefen, die
aus England an den Kaiser von Deutschland ge-
richtet werden. Das englische Volk ist unzuver-
lässig vereint in der Zurückweisung einer deutschen
Einkreisung im Transvaal, aber dies ist kein
Grund für die gemeine Ungezogenheit, die zu
anonymen Briefen Anlaß nimmt und unteren
Namen im Umlande schändet.“ Wie wir hören,
war der Kaiser anfangs erzürnt über diese eng-
lischen Ungezogenheiten, nahm sie dann aber als
das, was sie sind, als Klümmeleien englischer
dummer Jungen.

Nach einer Meldung der „Dresd. Ztg.“
hat der kommandirende General des 15. Arme-
korps, General von Blume, sein Abschiedsgesuch
eingereicht. General von Blume ist 60 Jahre
alt und gehört der aktiven Armee seit 1854 als
Offizier an. Ferner heißt es, daß der Komman-
dant der 24. Infanterie-Brigade, Generalmajor
von Schmeling, demnächst in den Ruhestand
treten werde. Dieser wurde 1860 Sekonde-
Lieutenant, 1868 Premier-Lieutenant, 1872
Hauptmann, 1881 Major, 1888 Oberstleutnant
und 1890 Oberst und kommandant des in Wei-
mar garnisonirenden Infanterie-Regiments Nr. 94.
Kam vier Jahre später wurde er unter Beför-
derung zum Generalmajor Kommandant der 24.
Infanterie-Brigade, in welcher Stellung er sich
gegenwärtig noch befindet.

Die Generalversammlung des Bundes
der Landwirthe wurde heute Mittag um 1 Uhr
im Jirkas Saal eröffnet. Der Antrag war
ein massenhafter, der Jirkas war bis auf den
letzten Platz gefüllt; etwa 5000 Menschen an-
wesend sein. Um 1 Uhr eröffnete Abg. v. Bismarck
Döllingen mit einer längeren Ansprache die Ver-
sammlung.

Im preussischen Landwirtschaftsrath
wurde jüngst darauf hingewiesen, daß im
deutschen Handelsgesetzbuch den Interessen der
Landwirtschaft nicht genügend Rechnung ge-
tragen sei und der Wunsch ausgesprochen, daß
bei der in Aussicht genommenen Revision des
Handelsgesetzbuchs auch agrarische Sachver-
stände zu Worte kämen. Der Landwirtschafts-
minister Freiherr von Hammerstein hat nun in
Berücksichtigung dieser Anregung eine Konferenz
von Vertretern der Landwirtschaft einberufen,
welche demnächst zusammentreten soll, um be-
zügliche Vorschläge für die Revision des Handels-
gesetzbuchs auszuarbeiten.

Köln, 18. Februar. Der frühere Seint-
pater Graf Doensbroek erklärt in der „Köln.
Ztg.“, der Zentrumsabgeordnete Lieber sei es
gewesen, der ihm gesagt habe, Windthorst habe
im Jahre 1888 nach der großen Rede in Köln
den ihm beglückwünschenden Freunden gegenüber
geäußert: „Jetzt habe ich mich mit Gottes
Gnade durchgelassen.“

Spanien und Portugal.

Madrid, 18. Februar. Man glaubt hier,
daß die Kortes am Freitag aufgelöst werden
würden. Die Neuwahlen zur Kammer würden
am 5. April, die zu dem Senat am 12. April
stattfinden.

Madrid, 18. Februar. Eine Depesche aus
Savanna meldet, daß dort großes Unwetter
herrschte, daß aber trotzdem die kriegerischen Ope-
rationen fortwähren. Die Insurgenten hätten
versucht, einen Einfall in die Provinz Matanzas
zu machen, aber die Hauptmacht der spanischen
Armee hatte fortgesetzt die Provinz Savanna be-
setzt, in welcher die Hauptführer der Insurgenten,
Gomez und Maceo, an der Spitze zahlreicher
Banden stehen. — Der „Derado“ behauptet,
General Weyler habe neue Unterführungen an
Truppen und Geld verlangt!

England.

London, 18. Februar. Die „Times“ mel-
den, es liege Grund vor, zu glauben, daß An-
halten getroffen würden, ein Verfahren vor dem
Kriegsgericht gegen alle aktiven Offiziere des
königlichen Armees, welche Jameson nach Trans-
vaal begleitet haben, sofort nach ihrer Ankunft
in England stattfinden zu lassen.

London, 18. Februar. Die „Times“ mel-
den aus Washington, die Regierung der Ver-
einigten Staaten von Amerika sei dem Plan
zur Errichtung einer neuen vereinigten Kom-
mission, welche aus zwei Engländern und zwei
Amerikanern bestehe, um das Thatsächliche bei
dem Venezuela-Streitfall klar zu legen und
einen Bericht an beide Regierungen zu erstatten,
günstig gesinnt. Sollte die Mehrheit der Mit-
glieder der Kommission nicht zu einer Einigung
über den Bericht kommen, so solle ein fünftes
neutrales Mitglied hinzugezogen werden, damit
die Kommission Thatsachen finde, welche für
beide Regierungen verbindend sein und als Grund-
lage für später erfolgende Verhandlungen dienen
könnten. Sollten die Verhandlungen kein
Resultat haben, so würde als letztes ein
Schiedsgericht bleiben.

London, 18. Februar. Wie das „Men-
schen Bureau“ aus Johannesburg vom gestri-
gen Datum meldet, wäre eine Stempelwelle
der Robinson-Mine gänzlich geschlossen worden.
Derselben Quelle zufolge dürften die Chlorina-
tion- und Charnadewerke ebenfalls schließen.
Ursache dessen soll der Mangel an eingeborenen
Arbeitskräften sein.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Februar. Das Krei-
msgericht verurtheilt den früheren Kommissar
bei der Verwaltung der ottomanischen Staats-
schuld, Murad Bei, in contumaciam zum Tode
und sprach über dessen Güter die Sequestration
aus.

Aus den deutschen Kolonien.

Wie bekannt, sind in Deutsch-Namibia mit
der Einrichtung des Haffan bin Omar und der
Unterwerfung Namibias friedliche Zustände
wiederhergestellt. In den letzten Berichten des
Gouverneurs, die wir vor mehreren Wochen mit-
getheilt, ist des Juges lobend Erwähnung ge-
than, den der Kommandant der Schutztruppe
Oberstleutnant von Trotha gegen die Rebellen
im Auftrag des Gouverneurs unternommen hat.
Der Bericht über diese Expedition, der Herr
von Wissmann als Verdienst die schnelle Unter-
drückung der Unruhestifter anerkennt, ist nun im
„Deutschen Kolonialblatt“ erschienen. Danach
brach die Expedition gegen Ende Oktober von
Südafrika auf. Die ganze Nacht, vier Kompagnien,
vereinigte sich am 4. November an einem günstigen
Orte im Norden des Lagers von
Haffan bin Omar. Nach kleinen Gefechten und
mühseligem March ging die Kompagnie an der
Spitze über den Mawudji. Oberstleutnant von
Trotha berichtet uns weiter:

Als ich, um mich zu orientiren, mit dem
Führer eine neue Höhe erklimmen hatte, zeigte er
mir etwa 700 Meter vor mir eine langgestreckte,
steil abfallende Felswand mit dem Bemerken,
dies sei die Mündung von Haffans Haupthöhle,
während der Eingang sich auf der andern Seite
befände. Die Felswand machte den Eindruck
überaus ansehnlicher, terrassenförmiger Gänge,
von irgend einer Bewegung in oder bei ihm war
jedoch nichts zu sehen. Für diesen Tag war ein
weiteres Vordringens ausgemessen. Ich
schaffte die Geschütze ebenfalls auf die Höhe und
befehle, während das Lager dorthin verlegt
wurde, die Felswand mit Granaten, von denen
schon der dritte Schuß in die Höhle hineinging
und dort explodirte. Auch jetzt zeigte sich keinerlei
Bewegung, weshalb ich das Feuer einstellte.
Meine Stellung wurde zwar auf drei Seiten
von anderen Höhen bedeutend überragt, es war
aber wegen der geringen Tragfähigkeit der Ge-
wehre der Eingeborenen keine Gefahr vorhanden,
dort zu lagern. Am 6. früh 6 Uhr brach ich
mit drei Kompagnien wiederum auf, um die
geheime zuerst besetzte Höhe wieder zu erklimmen,
den Eingang von Haffans Höhle zu suchen und
eventuell zu erzwingen. Beim gezielten Ziele
angelangt, bot sich der Anblick eines breiten in
zwei Spitzen nach dem Mawudji herabfallenden
Felses, dessen Spitze gänzlich unpassierbar schien.
Gegen 10 Uhr begann ein ziemlich heftiges
Feuergefecht. Die Spitze der im Hüththal vor-
gehenden 9. Kompagnie hatte, den Weg am
Fuß verlassend, eine falsche Richtung genommen
und sah sich sofort von der jenseits des Felses
liegenden Höhe, die von Eingeborenen besetzt
war, in ein heftiges Feuergefecht verwickelt.
Der Kompagnieführer Kämpf folgte seiner
Spitze nicht, sondern ging lautlos im Hüththal
vorwärts, kam den schließlichen Eingeborenen in
die linke Flanke und trieb sie, selbst die Höhe
erziehend, in nördlicher Richtung zurück. Die
Situation war, wie sich nachher herausstellte,
folgende gewesen: Haffan hatte sich auf die
Mündung seines Amarares in seine Haupthöhle
zurückgezogen, war aus ihr durch mein Geschütz-
feuer aufgeschreckt worden und in derselben Nacht
über den Fuß in nördlicher Richtung ausge-
wichen. Dort hatte ihn die 9. Kompagnie ge-
fagt und zurückgeworfen. Ich fand sie gegen 5
Uhr am Austritt des Mawudji in die Ebene
und erhielt durch sie die Nachricht, daß der
Feind unter Zurücklassung mehrerer Todter, und
von der Kompagnie über eine Stunde lang ver-
folgt, in nördlicher Richtung ausgewichen sei.
Am 7. früh ging die 9. Kompagnie in einem
Gewaltmarsch nach Südafrika, um neue Verpflegung
heranzuschaffen und im Tiefland einen Zwischen-
posten zu errichten, der es abschneiden sollte. Am
9. gingen die 8. und die 3. Kompagnie, beide
aus dem Rette der Verpflegung für einige
Tage ausgerüstet, erstere nach Kisserwe, letztere den
Mawudji hinauf, beide mit dem gleichen Auf-
trag, festzustellen, wohin Haffan entwichen, und
seine Anhänger zu bestrafen. Am 12. kehrte die
3. Kompagnie von ihrer Expedition den Mawudji
hinauf zurück und brachte Waagbündel mit, die
welche behaupteten, Haffan läge in Unawa, in
der Richtung auf Kisserwe. Am 13. ging die
Meldung der 8. Kompagnie ein, daß sie Kisserwe

erreichend, und am 14. meldete die 8. Kompanie bereits die Gefangenen in Luanda. In Luanda waren Kasan selbst, sein verantwortlicher Minister Damián und ein untergeordneter Junge ergriffen. Seine anderen Begleiter wurden theils später von den in diesem Zweck in verschiedener Richtung nach der Küste entsandten Kompanien ergriffen, theils stellten sie sich freiwillig bei mir im Lager.

Am 16. schickte ich die Gefangenen nach Milu-Ambundu und war im Begriff, einen Zug den Matwubi hinauf in das Land der Wangindos zu unternehmen, als ich den telegraphischen Befehl erhielt, mich so einzurichten, daß ich am 2. Dezember mit drei Kompanien in Kudi zur Erledigung der Machamba-Angelegenheit bereit stünde. Die Zeit bis dahin benutzte die Kompanie dazu, die Gegend zu durchstreifen, Kasans Anhänger zu fassen und die Befehle, die Kasan ergeben bekannten Dörfern zu befehlen. Machamba war nicht, wie es als Zeichen der Unterwerfung versprochen hatte, zur Küste gekommen, und ich marschirte in Folge dessen nach Luagalla, der Residenz Machambas, ab. Der Marsch dorthin bot mir nichts Bemerkenswerthes. Machamba erschien halbwegs bei Malu, kehrte mit mir nach Luagalla zurück und erklärte mir auf das nachdrücklichste seine bereitwillige Absicht, sich zu unterwerfen und den Frieden mit der Regierung zu halten. Die von mir ihm auferlegten Strafleistungen in Eisen und Pulver konnte er jedoch im ganzen Umfang nicht erfüllen, er gab jedoch ohne Zögern einen großen Theil seiner Gewehre sofort her, als ich ihm erklärte, daß diese der Ersatz für das fehlende Eisen und Pulver sein müßten. Machamba hat einen guten Einbruch gemacht. Er genießt großes Ansehen bei seinen Leuten und bewies durch mehrere kleine Züge, daß er entwickelteres Antikriegsgefühl besitzt als sonst die eingeborenen Häuptlinge. Ich habe reichlich erwohnen, ob es von irgend welchem Belang sein könnte, längere Zeit in Luagalla zu bleiben, und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur zwei Möglichkeiten vorliegen, entweder sofort eine Station dort zu bauen, oder seinen Friedensversicherungen zu glauben und diese durch späteres Hinausschieben der Kudi-Kompanie in Zeitsträumen von zwei zu zwei Monaten zu kontrollieren und bald abzumarschieren.

In kriegerischer Thätigkeit war die Expedition arm, desto reicher an Marschleistungen, die den Kompanien zugemuthet werden mußten und die von allen vier Kompanien mit musterhafter Ordnung und ohne jede Schwierigkeit ausgeführt wurden. Die Ausrüstung der Expedition für das Gesecht bestand aus einem 6,5 Zentimeter-Geschütz und einem Maxim-Gun. Die Verwendung des ersteren dürfte sich auf die Fälle beschränken, wo man mit Sicherheit annehmen kann, gegen Steinbomas oder ganz feste Leiden vorgehen zu müssen. Das Maxim-Gun ist im hiesigen Busch eine vorzügliche Waffe. Jedoch ist mit großer Sorgfalt darauf zu sehen, daß die Munition trocken bleibt, und es ist absolut notwendig, für jedes Geschütz mindestens sechs Gürtelkugeln mitzunehmen, da das Neumunition des abgefeuerten Gürtels im Gesecht ausgeschossen ist. Ueber die Gewehre werde ich später nach eingehender Prüfung durch die Wüstenmacher berichten. Vorläufig habe ich den Eindruck, daß das Modell 71 ein ganz ungewöhnlich brauchbares Kriegsgewehr ist, welches den schärfsten Witterungseinflüssen und der schlechtesten Behandlung dauernd widersteht. Ich hatte mit Rücksicht auf den eventuellen bevorstehenden Höhenkampf Dynamit-Spreng-Patronen mitgenommen. Dieselben müßten zum Umwerfen einer Mauer und eines Pallisadenzauns leistungsfähig genug sein, zum Sprengen auch nur einigermaßen größerer Felspartien erwiesen sie sich als gänzlich unzulänglich.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 19. Februar. Für das Jahr 1895 ist für die Provinzial-Zuckerfabrik die Vertheilung einer Dividende von 10 Prozent, für die Stettiner Walmühle eine solche von 8 Prozent in Vorschlag gebracht.

Im Stadttheater haben gestern die Proben von „Gährung“ in Anwesenheit des Autors unter der Leitung des Oberregisseurs Petters ihren Anfang genommen. Für die nächsten Tage ist eine interessante Vorstellung zum Besten für den Regisseur und Komiker Herrn A. Jelski in Vorbereitung.

Die Schiller-Platz-Spieler im Volkstheater nach an vier Abenden, und zwar Mittwoch „Jägerlied“, Donnerstag „3 Lieder von Schiller“, Freitag „Münchhausen“ und Samstag „Jägerlied“. Die Gast-Vorstellungen des Volkstheater-Ensembles in Breslau erzielen dort den größten Erfolg, nachdem auch in Stargard in voriger Woche die Gastspiele des Ensembles vor stets ausverkauften Häusern stattfanden.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde der Sanitäts-Kranenwagen mehrmals in Anspruch genommen. Auf dem Randan der Gemeinde-Doppelstraße, Stollingstraße 81-82, war ein Schlosser von einer umstürzenden Leiter gestiegen und im Gesicht erheblich verletzt worden. Ferner kam ein Arbeiter, welcher mit anderen

beschäftigt war, ein Fuß in den Keller des Hauses Breitestraße 59 hinabzulassen, dadurch zu Schaden, daß das Fuß ihm auf den Leib fiel. Der Mann erlitt in Folge dessen einen Bruch des linken Unterarms. Die beiden verunglückten Personen fanden im städtischen Krankenhaus Aufnahme.

Im Saale der Grünhofbrauerei „Vod“ fand gestern Abend eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Herr Herberich über den neuen Margarine-Gesetzentwurf sprach. Besonders eingehend behandelte er die in der Kommission zur Vorberatung dieses Entwurfs am demselben vollzogenen Änderungen und betonte, daß dieselben fast ausnahmslos Verschlechterungen gegenüber der Regierungsvorlage bedeuteten, insofern als den Agrariern noch weitere Zugeständnisse auf Kosten der Volksmassen gemacht würden. Der Regierungsvorlage siehe er insofern freundlich gegenüber, als sie darauf berechnet sei, betrügerische Manipulationen zu verhüten; freilich wiesen ihm die Kontrollvorschriften etwas zu weitgehend, denn während sich bei anderen Betrieben ähnlicher Art die Revisionen auf die Geschäftskunden beschränken, was bisher vollständig genügt habe, solle die Margarine-Fabrikation jederzeit der Kontrolle unterworfen werden können. Das Bestreben der Agrarier sei darauf gerichtet, die Margarinefabrikation unmöglich zu machen, was sie dabei im Grunde erreichen wollen, sei nicht recht abzusehen, denn der Konsum von Margarine und anderen Fettmitteln bewiese deutlich genug, daß müder benutzte Klassen schon jetzt bei dem nach Ansicht der Produzenten zu niedrigen Preise Butter nicht kaufen, wie sollten sie dazu im Stande sein, wenn der Butterpreis noch steigt. Auch dürfe man nicht vergessen, daß Margarine besser sei als manche Butter und die Denkschrift der Regierung bezeichne dies vielfachmahlige Produkt, die Güte der Rohstoffe vorausgesetzt, als gesundes Nahrungsmittel. Das sei nun den Agrariern augenfällig ein Dorn im Auge und sie suchten nach Kräften die Margarine zu verschlechtern durch Herabsetzung des Milchzuckers und durch Verfeinerung der allerdings künstlich hergestellten schönen butterähnlichen Farbe, als ob nicht auch die Butter gefärbt würde! Aus dem nachschaffen, gesunden Fettmischungen solle ein wenig appetitliches, werthvolles Gemisch werden, das schließlich diejenigen doch kaufen müßten, welche keine Butter bezahlen können. Eine schwere Schädigung für das Kleinverbraucher beziehe die in den Entwurf hineingebrachte Bestimmung, daß Butter und Margarine nicht in denselben Verkaufsräumen nebeneinander feilgehalten werden dürfen in Orten, welche mehr als 5000 Einwohner zählen. Und die Fabrikation des Margarinefettes wolle man gleich ganz verbieten ungeachtet der Denkschrift der Regierung, welche feststelle, daß Margarine ein besseres Nahrungsmittel sei, als der aus Magermilch hergestellte Käse. Den schon von nichtsozialdemokratischer Seite als gemeingefährlich bezeichneten Bestrebungen der Agrarier gegenüber sei es notwendig, daß sie die Zufriedenheit Weniger erkaufen werde mit der Erbitung von Millionen. Wenn die Massen auftreten in einmüthigem Protest gegen eine Vorlage wie den Margarine-Gesetzentwurf in der jetzigen Gestalt, so werde auf ihrer Seite das Recht sein und auf ihrer Seite der Sieg. — Nach der letzten Pause wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Die heute auf der Grünhof-Brauerei Vod von mehr denn 2000 Personen besuchte Volksversammlung aus allen Ständen Stettins beschließt in Ermüdung, daß durch die Beschlüsse der Kommission für Vorberatung des Margarine-Gesetzentwurfes die Vernichtung der legitimen Margarinefabrikation und ihrer Nebengewerbe herbeigeführt wird, daß dadurch auch ein durch nichts gerechtfertigter unethischer Eingriff in die Lebenshaltung und Selbstbestimmung weiterer Bevölkerungskreise, namentlich der weniger vermögenden Klasse, verübt wird, diesen Leuten ein bestes und unentbehrliches Nahrungsmittel verweigert wird, ohne daß dadurch der Landwirthschaft irgend welche Hilfe gebracht wird, daß die bestehende Gelegenheit zur Bekämpfung des unethischen Verkaufs von Margarine statt Naturbutter ausreicht — den hohen Reichstag dringend zu bitten, jeder Abänderung der Gesetzgebung, insbesondere den von der Kommission beschlossenen Verschärfungen des Entwurfs der verbundenen Regierungen seine Zustimmung zu verweigern.“

Nur drei Redner nahmen zur Diskussion das Wort, ihre Ausführungen boten aber nichts wesentlich Neues. Die Resolution wurde sodann einstimmig angenommen und die Versammlung mit Hochrufen auf die moderne Arbeiterbewegung kurz vor 11 Uhr geschlossen.

Aus den Provinzen.

3 Witow, 17. Februar. Gestern Abend kündete ein heller Feuerschein am nächsten Himmel ein Schiffsfeuer in der Lüggen an. Dem Besizer des in Abban-Lüggenort ist, wie wir heute erfahren, eine mit Futtermitteln gefüllte Scheune abgebrannt. Das Gebäude war in der Altpommerschen versichert. — Durch außerordentliche Ausgäbe im Vorjahre und zwar in Höhe von 4900 Mark für den Bau des artesischen Brunnens in der Langenstraße, 3200

Mark an Wohnungsentlohnung an die städtischen Lehrer und 4000 Mark nachträglicher Zuschuß an Kreisabgaben in Folge Fortfalls der Lez Quene wird der Haushaltsetat pro 1895 — 96 mit einem erheblichen Minus abschließen, so daß zur Deckung der Kommunalbedürfnisse pro 1896 bis 1897 ein Zuschlag von 160 Prozent zur Einkommen-, Grund- und Gebäudesteuer und 25 Prozent zur Betriebssteuer erforderlich ist. — Auf Antrag des Magistrats der hiesigen Stadtparke hat die Stadtverordnetenversammlung am vergangenen Freitag beschlossen, den Zinsfuß für Spareinlagen bei der Stadtparkasse vom 1. Juli cr. ab von 4 auf 3 1/2 Prozent herabzusetzen, da die Stadtparkasse die Zahlung von Prämien seit dem 1. Januar cr. sistirt hat und somit nur 3 1/2 Prozent für Spareinlagen zahlt. — Die Fortifikationsschätzung pro 1894 — 95 schließt mit einer Einnahme von 4122,76 Mark und einer Ausgabe von 3731,57 Mark ab, so daß ein Bestand von 391,19 Mark verbleibt.

Gerechts-Zeitung.

* Stettin, 19. Februar. Unter der schweren Beschuldigung des versuchten Mordes wurde gestern das 16-jährige Dienstmädchen Wilhelmine Marie Ernestine Goede aus Plankow vor dem ersten Strafrichter des hiesigen Landgerichts erscheinen. Die Angeklagte war am zweiten Oktober vorigen Jahres bei einer Frau Gumpel in der Hofgassestraße in die Dienstherrschaft getreten und fiel ihr dort auch die Verrichtung kleiner Arbeiten für eine Schauspielerin an, welche ein Zimmer der Gumpel'schen Wohnung gemiethet hatte. Am 8. Oktober vernahm die Schauspielerin eine Mark, die sie in ihrer Kleiderkammer hatte stecken lassen, und da die Goede die Kleider gereinigt hatte, so lag der Verdacht nahe, daß sie das Geld entwendet habe. Am folgenden Morgen war aber von dem Tische des Zimmers das Geldbündel der Dame verschwunden und nun machte dieselbe der Frau G. von ihrem Verdachte Mitteilung. Das Portemonnaie fand sich nachher auf der Waschtischole wieder, an dem Inbaste fehlten jedoch 1 Mark und 10 Pfennig, welche die Angeklagte, wie sie nach einem Zögern zugab, genommen hatte. Dem diebstahligen Mädchen wurde sofort gefänglich, am Abend umhüllte sie den Dienst verlassen, hierüber scheint sie in hochgradige Wuth gerathen zu sein, denn sie schüttelte der Frau Gumpel Zuckersäure, welche in der Küche zum Ruhen von Metallgegenständen gehalten wurde, in den Kaffee und in die Kaffeemilch. An dem unangenehm sauren Geschmack wurde beim Koffen des Getränks sofort bemerkt, daß irgend etwas damit vorgekommen war, der Kaffee wurde zu einem in der Nähe wohnenden Drogerien geschickt, der bestätigte, daß darin eine fremde Substanz enthalten sei. Die leer vorgefundene Zuckersäureflasche erklärte den Thatsachen hinsichtlich des Verbrechens ein. Gestern behauptete sie, es sei nicht ihre Absicht gewesen, die Dienstherrin zu tödten, doch mußte sie zugeben, daß ihr die giftige Eigenschaft der Zuckersäure bekannt gewesen sei. Bereits während der Voruntersuchung waren Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten entstanden und war dieselbe von Herrn Medizinalrath Dr. Schulze auf ihren Geisteszustand untersucht worden. Der genannte Sachverständige gab sein Gutachten dahin ab, daß die Goede zwar den Eindruck einer außerordentlich Person mache, daß aber für die Annahme eines geistigen Defektes kein Grund vorzuliegen scheine. Das Gericht war der Ansicht, daß dieser Punkt noch näherer Aufklärung bedürfe, weshalb die Verhandlung vertagt und beschlossen wurde, Herrn Sanitätsrath Dr. Zentner zur Abgabe eines Gutachtens über den Geisteszustand der Angeklagten zu veranlassen.

Geschäftliche Mittheilungen.

Hierdurch erhalten wir uns, die Aufmerksamkeit auf Pfund's Kondensirte Milch, hergestellt von der Dresdner Molkerei-Gebrüder Pfund in Dresden und London E. C., zu lenken. Bis jetzt ist sie noch von keiner anderen überboten worden. Sie liefert gewöhnliche Milch in jeder Beziehung. In erster Linie ist sie ein allbewährtes Nahrungsmittel für Säuglinge und kleine Kinder. Es kann dies auch nicht anders sein, denn die Milch entstammt Kühen der besten Rasse, welche unter steter tierärztlicher Kontrolle sich befinden und mit peinlicher Sorgfalt gefüttert werden. Vor ihrer Kondensation wird Pfund's Kondensirte Milch sterilisirt, d. h. keimfrei gemacht, was in den Händen bewährter Aerzte und Chemiker liegt. Hunderte von Anerkennungs schreiben haben Pfund's Milch zur Seite. Der Werth, welchen diese Kondensirte Milch im Haushalt und der Küche hat, wird jetzt allgemein geschätzt. Gibt es wohl auch etwas Bequemereres für die Hausfrau oder den Koch? Während früher Milch zu gewissen Zeiten (z. B. in der Nacht, am Sonntag und Festtagen u.) überhaupt nicht zu haben war, nimmt man einfach eine Dose von Pfund's Kondensirte Milch und kann auf diese Weise nie in Verlegenheit kommen. Hierin kommt, daß die Pfund'sche Kondensirte Milch, entgegen ähnlichen Produkten anderer Fabriken, in Folge dessen, ohne jegliche Mischung und mit Patentöffner versehen, sich befindet, wodurch jedes

kleine Kind die Dose mit Leichtigkeit öffnen kann, ohne sich durch das Blechschneiden die Hände zu verletzen. Siehe Inserat!

Vermischte Nachrichten.

Wismar. Bei der von Jahr zu Jahr sich immer mehr steigenden Beliebtheit für die von dem bekannten Polar-Reisenden Kapitän Bode in Wismar ins Leben gerufenen Sommer-Ausflüge nach Norwegen und Spitzbergen hat sich letzterer entschlossen, bei genügender Theilnahme in diesem Sommer zwei solche Reisen nach dem hohen Norden in Scene zu setzen. Beide Fahrten sind diesmal mit ganz besonders interessanten Ereignissen verbunden. Die erste, im Juni, wird sich dem Dampfer anschließen, welcher die hiesigen schwedischen Forscher Andree und Gnosson nach Spitzbergen führen wird, von wo aus diese die beabsichtigte Luftreise nach dem Nordpol mit ihrem Polar-Ballon antreten wollen. Auf der zweiten Fahrt im August wird sich die seltene Gelegenheit bieten, die im hohen Norden sichtbare totale Sonnenfinsternis auf Spitzbergen beobachten zu können. In Folge dieser Natur-Ereignisse wird sich der merkwürdige Fall ereignen, daß während des monatelangen Tages des arktischen Sommers auch eine Stunde Polarnacht eintreten wird. Kapitän Bode trifft bereits jetzt seine unmissbaren Vorbereitungen für diese beiden außerordentlichen Reisen.

Neuhort, 18. Februar. Bei dem Brande in der Wäpferfabrik in Troh kamen neun Personen ums Leben. Fünf Mädchen, welche herabgesprungen, blieben tod auf dem Plage liegen.

Bankwesen.

Berlin, 18. Februar. Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom 15. Februar 1896 (gegen 7. Februar 1896).

Activa.

- 1) Metallbestand (der Bestand an koursfähigen deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund sein zu 1392 M. berechnet M. 952 217 000, Zunahme 8 458 000.
 - 2) Bestand an Reichsschatzschneidem. 22 251 000, Zunahme 1 395 000.
 - 3) Bestand an Noten und Bank. M. 13 551 000, Zunahme 2 370 000.
 - 4) Bestand an Wechseln M. 500 938 000, Abnahme 10 429 000.
 - 5) Bestand an Lombardfordr. M. 78 229 000, Abnahme 4 830 000.
 - 6) Bestand an Effekten M. 4 175 000, Zunahme 359 000.
 - 7) Bestand an sonst. Activen M. 49 455 000, Abnahme 492 000.
- #### Passiva.
- 8) Das Grundkapital M. 120 000 000 unverändert.
 - 9) Der Reservefonds M. 30 000 000 unverändert.
 - 10) Der Betr. der unlauf. Not. M. 1 005 677 000, Abnahme 37 055 000.
 - 11) An sonstigen tägl. fälligen Verbindlichkeiten 444 055 000, Zunahme 33 702 000.
 - 12) An sonstigen Passiven M. 21 084 000, Zunahme 184 000.

Börsen-Berichte.

Magdeburg, 18. Februar. Zucker. Kornzucker erstl. von 92 Prozent 13,20—13,45, neuer — bis —, Kornzucker erstl. 88 Prozent Rendement 12,60 bis 13,00, neuer — bis —, Nachprodukte erstl. 75 Prozent Rendement 9,50—10,50. Fett. Brod-Raffinade I. 25,00 bis —, Brod-Raffinade II. 24,75 bis —, Gem. Raffinade mit Fett 24,50 bis —, Melis I. mit Fett 24,25 bis —, Sehr feinst. Mohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Februar 12,42 1/2 %, 12,45 %, per März 12,50 %, 12,52 1/2 %, per April 12,60 %, 12,62 1/2 %, per Mai 12,70 bez., 12,72 1/2 %, per Oktober-Dezember 11,77 1/2 %, bez., 11,80 %, Stetig.

Gamburg, 18. Februar. Borm. 11 Uhr. Zuckermarkt. (Bormittagsbericht.) Rüben-Mohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ulfance frei an Bord Gamburg per Februar 12,37 1/2 %, per März 12,45 %, per Mai 12,62 1/2 %, per August 12,87 1/2 %, per Oktober 11,77 1/2 %, per Dezember 11,75 %, Stetig.

Gamburg, 18. Februar. Borm. 11 Uhr. Kaffee. (Bormittagsbericht.) Good average Santos per März 66,00, per Mai 65,50, per September 62,00, per Oktober —, per Dezember 58,25. Schauptet.

Wien, 18. Februar. Getreide-markt. Weizen per Frühjahr 7,20 %, 7,22 %, per Mai-Juni 7,30 %, 7,32 %, per Herbst 7,42 %, 7,44 %. Roggen per Frühjahr 6,69 %, 6,71 %, per Mai-Juni 6,66 %, 6,68 %, per Herbst 6,35 %, 6,37 %. Mais per Mai-Juni 4,66 %, 4,68 %, per Juli-August 4,83 %, 4,85 %. Hafer per Frühjahr 6,34 %, 6,36 %, per Mai-Juni —, —, —.

Wien, 18. Februar. Borm. 11 Uhr. Pro-buktenmarkt. Weizen loco flau, per Frühjahr 6,85 %, 6,87 %, per Mai-Juni 6,93 %, 6,95 %, per Herbst 7,12 %, 7,14 %. Roggen per Frühjahr 6,34 %, 6,36 %, Hafer per Frühjahr 5,92 %, 5,94 %. Mais per Mai-Juni 4,33 %, 4,34 %. Kaffee per August-

September 11,15 %, 11,25 %. — Weiter: Schön.

Gabre, 18. Februar. Borm. 10 Uhr 30 Minuten. (Telegramm der Hamburger Firma Beilmann, Biegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Februar 81,00, per März 80,50, per Mai 80,25. Ruhig.

London, 18. Februar. Kupfer. Chili-dars good ordinary brands 45 Pfr. 2 Sh. 6 d. Zinn (Straits) 60 Pfr. 15 Sh. — d. Zink 15 Pfr. 5 Sh. — d. Blei 11 Pfr. 12 Sh. 6 d. Koffeisen. Mixed numbers warrants 47 Sh. 2 d.

Glasgow, 18. Februar. Borm. 11 Uhr 5 Min. Koffeisen. Mixed numbers warrants 47 Sh. 4 d. Fest.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Februar. Kaiser Franz Josef, welcher heute Vormittag sich im Palais des verstorbenen Prinzen Hohenlohe einfand, beglückte dort den deutschen Reichstangler und drückte ihm sein herzlichstes Beileid aus anlässlich des schweren Verlustes, welcher die Familie des Fürsten betroffen hat. Nachmittags findet die Beisetzung der Leiche statt, wobei großer Pomp entfaltet wird. Der Kaiser wohnte der Eingekung bei und fuhr dann direkt in die Wohnung zurück. Reichstangler Fürst Hohenlohe begibt sich morgen früh wieder nach Berlin.

Bogen, 18. Februar. Erzherzog Albrecht Saluator wurde gestern Abend mit den Sterbestamenten versehen.

Paris, 18. Februar. Die hiesigen Blätter haben sich in zwei Lager getheilt, die einen für, die anderen gegen den Senat. Unter den ersteren befinden sich „Autorité“, „Journal des Debats“, „Figaro“, „Gaulois“ und „Journal“. Unter den letzteren gegen den Senat sind zu erwähnen: „Gclair“, „Gvenement“, „Libre parole“, „Ratierne“ und „Radical“. Nur wenige Blätter hatten sich neutral.

Rom, 18. Februar. Dem „Piccolo“ wird aus Varschau gemeldet, daß dort 40 Militärs wegen Geheimbündelei verhaftet worden sind.

Neapel, 18. Februar. Durch königliches Dekret ist der hiesige Gemeinderath aufgelöst und der Kommandant der Landwehr zum Regierungskommissar ernannt worden.

Lissabon, 18. Februar. Die Regierung hat den dringenden Wunsch, daß die definitive Feststellung der Grenzbeide zwischen Transvaal und Deutschland im Norden der Provinz Mozambique möglichst zu beschleunigen sei. Der zwischen Portugal und Großbritannien schwebende Ausgleich betreffs des Demarcations-Landes verzögert sich, weil Portugal nicht gewillt ist, den Streitfall einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten.

In offiziellen Kreisen verlautet, Transvaal habe indirekt eine Anleihe unter besonders günstigen Bedingungen angeboten, wenn Portugal sich bereit erklärt, die gewünschten Hafenverbesserungen in Luauzo-Marquez vorzunehmen. Dies dürfte unter gewissen Umständen der britischen Präzeptionsaufsehl im anglo-portugiesischen Verträge präjudizieren.

Belgrad, 18. Februar. Wie aus Cetinje hierher gemeldet wird, fandte der Fürst von Montenegro dem Fürsten Ferdinand ein Telegramm, in welchem er letzteren als Fürsten von Bulgarien anerkennt und ihm dazu gratulirt, daß sein Sohn Boris in die große slavische Gemeinschaft aufgenommen sei.

Washington, 18. Februar. Präsident Cleveland hat dem Kongreß den Rotenwechsel mit der deutschen Regierung über die Ausschließung der amerikanischen Versicherungsgesellschaften vorgelegt. Aus den Aktenstücken geht hervor, daß Deutschland einwilligt, die Frage von Neuem zu prüfen.

Wetterausichten

für Mittwoch, den 19. Februar. Ruhiges, theils heiteres, theils nebligtes, etwas kälteres Wetter ohne wesentliche Niederschläge.

Wasserstand.

Am 17. Februar: Elbe bei Ansfing + 0,90 Meter. — Elbe bei Dresden — 0,06 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 2,10 Meter. — Oder bei Strassburg + 1,20 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,57 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 5,08 Meter, Unterpegel + 0,52 Meter. Oder bei Frankfurt + 2,15 Meter. — Weichsel bei Thorn + 3,40 Meter. — Warthe bei Posen + 2,18 Meter. — Am 16. Februar: Nege bei Wlch + 1,39 Meter.

Henneberg-Seide

— mir acht, wenn direkt an meinen Fabrikat bezogen — schwarz, weiß und farbig, von 60 Pf. bis 18 Pf. 6 d. Meter — glatt, gestreift, karirt, gemustert, Damaste etc. (ca. 240 versch. Qual. und 2000 versch. Farben, Dessins etc.), porto- und steuerfrei ins Haus. Muster umgehend. Seiden-Fabriken G. Henneberg (k.u.k. Hofl.) Zürich.

Berlin, den 18. Februar 1896.			
Leitende Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.			
Deich-Anl. 4 1/2 % 106,200	Deich-Anl. 4 1/2 % 106,200	Deich-Anl. 4 1/2 % 106,200	Deich-Anl. 4 1/2 % 106,200
do. 3 1/2 % 105,100	do. 3 1/2 % 105,100	do. 3 1/2 % 105,100	do. 3 1/2 % 105,100
do. 3 % 99,600	do. 3 % 99,600	do. 3 % 99,600	do. 3 % 99,600
Pr. Con. Anl. 4 1/2 % 106,100	Pr. Con. Anl. 4 1/2 % 106,100	Pr. Con. Anl. 4 1/2 % 106,100	Pr. Con. Anl. 4 1/2 % 106,100
do. 3 1/2 % 105,000	do. 3 1/2 % 105,000	do. 3 1/2 % 105,000	do. 3 1/2 % 105,000
do. 3 % 99,500	do. 3 % 99,500	do. 3 % 99,500	do. 3 % 99,500
Pr. St. Anl. 4 1/2 % —	Pr. St. Anl. 4 1/2 % —	Pr. St. Anl. 4 1/2 % —	Pr. St. Anl. 4 1/2 % —
Pr. St. Anl. 3 1/2 % 101,200	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 101,200	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 101,200	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 101,200
Pr. St. Anl. 3 1/2 % 102,100	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 102,100	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 102,100	Pr. St. Anl. 3 1/2 % 102,100
do. n. 3 1/2 % 104,000	do. n. 3 1/2 % 104,000	do. n. 3 1/2 % 104,000	do. n. 3 1/2 % 104,000
Stett. Stadt-Anl. 4 1/2 % 101,800	Stett. Stadt-Anl. 4 1/2 % 101,800	Stett. Stadt-Anl. 4 1/2 % 101,800	Stett. Stadt-Anl. 4 1/2 % 101,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,200
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 102,600
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,000
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,400
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 103,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,200
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 104,600
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,000
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,400
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 105,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,200
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 106,600
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,000
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,400
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 107,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,200
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 108,600
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,000
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,400
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 109,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,200
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,600	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 110,600
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,000	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,000
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,400	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,400
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,800	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 111,800
Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 112,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 112,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 112,200	Stett. Stadt-Anl. 3 1/2 % 112,200</

